



Stadt Boizenburg/Elbe

Niederschrift

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: **Montag, den 18.02.2013**
Sitzungsbeginn: **18:30 Uhr**
Sitzungsende: **21:00 Uhr**
Ort, Raum: **Rathaus, Rathaussaal (EG)**

Sitzungsnummer: **HA/001/2013**

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Harald Jäschke

Stadtvertreter/in

Herr Heinz Gohsmann

Frau Maike Pohlmann

Frau Marlies Reimann

Herr Rainer Wilmer

Verwaltung

Frau Marlis Borries-Dettmann

Frau Sandy Mandlik

Herr Jörn Pamperin

Frau Dagmar Poltier

Entschuldigt fehlen:

Stadtvertreter/in

Frau Heidrun Dräger

Herr Lutz Heinrich

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden
- 2 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse lt. KV M-V § 31 Abs. 3
- 3 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 4 Genehmigung der Tagesordnung
- 5 Genehmigung der Niederschrift vom 12.12.2012
- 6 Bericht der Verwaltung
- 7 Einwohnerfragestunde
- 8 Information der Bürgervorsteherin und Bericht aus dem Kreistag
- 9 Anfragen und Mitteilungen
- 10 Genehmigung einer Eilentscheidung des Bürgermeisters
hier: Überplanmäßige Ausgabe zur Absicherung Winterdienst
Vorlage: 006/13/30
- 11 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2013
Vorlage: 022/13/10
- 12 Annahme von Spendengeldern
Vorlage: 027/13/10
- 13 OT Bahlen, Errichtung einer Bushaltestelle; Kostenteilungsvereinbarung mit der Straßenbauverwaltung
Vorlage: 031/13/30

Nicht öffentlicher Teil

- 14 Bericht aus den Gesellschaften mit städtischer Beteiligung
- 15 Krankenstatistik 2012
Vorlage: 020/13/20
- 16 Förderung der kleinteiligen Maßnahme Klingbergstr.7
Vorlage: 026/13/30
- 17 Antrag auf Stundung und Ratenzahlung von Nacherhebungsbeiträgen
Vorlage: 029/13/30

- 18 Antrag auf Stundung und Ratenzahlung für die Nacherhebung eines Anschlussbeitrages für das Grundstück Dr.-Alexander-Straße 21
Vorlage: 030/13/30
- 19 Personalangelegenheiten
- 20 Bericht über den Stand der Stellenbewertung
- 21 Terminabsprachen

22 Anfragen und Mitteilungen

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden
- 2 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse lt. KV M-V § 31 Abs. 3
- 3 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 4 Genehmigung der Tagesordnung
- 5 Genehmigung der Niederschrift vom 12.12.2012
- 6 Bericht der Verwaltung
- 7 Einwohnerfragestunde
- 8 Information der Bürgervorsteherin und Bericht aus dem Kreistag
- 9 Anfragen und Mitteilungen
- 10 Genehmigung einer Eilentscheidung des Bürgermeisters hier: Überplanmäßige Ausgabe zur Absicherung Winterdienst
- 11 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2013
- 12 Annahme von Spendengeldern
- 13 OT Bahlen, Errichtung einer Bushaltestelle; Kostenteilungsvereinbarung mit der Straßenbauverwaltung
- 14 Krankenstatistik 2012

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 **Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden**
Herr Jäschke eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses um 18.30 Uhr.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

- zu 2 **Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse lt. KV M-V
§ 31 Abs. 3**

Folgende Beschlüsse wurden in der nichtöffentlichen Sitzung gefasst:

Niederschlagung eines Straßenausbaubeitrages Eichenweg, 2.BA
-Vorlage: 182/12/30-

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst, ebenso wie der Beschluss zum Jahres-
urlaub des Bürgermeisters - Vorlage: 195/12/BM -

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

zu 3

Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die form-und fristgerechte Ladung wird festgestellt.

Der Hauptausschuss ist mit 5 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig.

Herr Heinrich sowie sein Vertreter, Herr Meyer, haben sich für die Sitzung entschuldigt. In Vertretung für Frau Dräger nimmt Frau Pohlmann teil..

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

zu 4

Genehmigung der Tagesordnung

Herr Wilmer möchte wissen, warum die Vorlage zur Krankenstatistik für den nichtöffentlichen Sitzungsteil vorgesehen ist.

Der Bürgermeister begründet dies damit, dass man im Vorwege davon ausgegangen ist, dass möglicherweise auf einzelnes Personal eingegangen wird.

Herr Wilmer schlägt vor, für diesen Fall den TOP zu teilen in öffentlich und gegebenenfalls in nichtöffentlich. Erst mal sieht er in den vorgelegten Zahlen nicht, dass hier schutzwürdige Interessen berührt werden.

Der Bürgermeister hat nichts dagegen einzuwenden, unter Umständen eine Teilung des Punktes vorzunehmen.

Er schlägt vor, den TOP 15 – Krankenstatistik 2012 – hinter den TOP 13 – OT Bahlen, Errichtung einer Bushaltestelle..... in den öffentlichen Teil der Sitzung zu verschieben.

Die Tagesordnung lautet wie folgt:

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 5:0:0

zu 5

Genehmigung der Niederschrift vom 12.12.2012

Der Bürgermeister bringt vor, dass auf Seite 11 unter TOP 18 festgehalten ist eine Feststellung von Herrn Wilmer, die seiner Meinung nach nicht richtig wiedergegeben ist.

Zitat: „Tarifrecht bricht Stellenplanrecht“. Hier ist wohl das Haushaltsrecht gemeint, denkt er. Ein Stellenplanrecht gibt es nicht.

Herr Wilmer erwidert, dass der Stellenplan ja eine Anlage zum Haushalt sei und sieht das nicht ganz so wie der Bürgermeister.

Herr Wilmer verweist auf Seite 4 der Niederschrift, 4. Absatz. Hier müsste es richtig heißen:

Herr Wilmer möchte wissen, ob es einen Hinderungsgrund gibt, hierzu in der Sitzung der Stadtvertretung im Januar **nicht** zu beschließen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 5:0:0

Die Niederschrift ist mit den genannten Änderungen bestätigt.

zu 6

Bericht der Verwaltung

Der Bürgermeister überreicht seinen Dienstreisebericht für die Zeit vom 01.10. bis 31.12.2012.

Er teilt mit, dass der Firma Bura-Möbel zwischenzeitlich die Baugenehmigung erteilt worden ist und mit dem Bau auch bereits begonnen worden ist.

Das Straßenbauamt Schwerin hat im Rahmen der Förderung von Straßenbauvorhaben den Ausbau der Bahnhofstraße vom Weg der Jugend bis zur Fritz-Reuter-Straße geprüft und keine Bedenken gegen die Durchführung der Maßnahme geäußert.

Es wird weiter mitgeteilt, dass es einen Zuwendungsbescheid seitens des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben über 90,0 T€ zur weiteren Förderung des Lokalen Aktionsplanes für den Zeitraum 01.01.2013 bis 31.12.2013 gibt.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass mit Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wirtschaft, Bau und Tourismus der Wertgrenzenerlass neu gefasst bzw. verlängert worden ist, was freihändige Vergaben usw. angeht, die er den Mitgliedern des Hauptausschusses bereits Anfang Februar zugeleitet hat.

Aus dem Bereich Bau-Ordnung gibt es 2 Angelegenheiten:

1. Unterlagen des Planers im letzten ABSVD zur Schülerspeisung in der Rudolf-Tarnow-Schule, die er ebenfalls an die Hand geben möchte. Der Planer geht davon aus, dass der Anbau an die Schule die kostengünstigste Lösung wäre. Allerdings liegen die Kosten hierfür auch über der Summe, die mal genannt worden ist (100,0 T€). Zurzeit wird die Zwischenlösung praktiziert, die zumindest zu keinen Staus mehr geführt hat. Wie die Situation zum Anfang des neuen Schuljahres aussehen wird, vermag er noch nicht zu sagen. Nach Aussage des Planers würde man allerdings mit jetzigem Beginn gerechnet bis Ende des Jahres benötigen.

Herr Gohsmann führt aus, dass der ABSVD empfohlen hatte, diese Unterlagen auch im SKS am 25.02. zu diskutieren. In der Sitzung des ABSVD am 12. März sollte dann zu diesem Variantenvergleich (4 Varianten) eine Empfehlung abgegeben werden.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass der nächste Bauausschuss erst nach der Stadtvertretersitzung am 07. März stattfindet, in der die Haushaltssatzung für 2013 auf der Tagesordnung steht. Insofern müsste, wenn denn gebaut werden soll, diesbezüglich möglicherweise eine Entscheidung gefällt werden.

Herr Wilmer verweist auf den § 9 Abs. 3 der Gemeindehaushaltsverordnung. Das ist am 07. März nach seiner Meinung nicht veranschlagungsreif ist und wohl nur über einen NHH zu machen.

2. Die Verwaltung überlegt derzeit, eine Verordnung zur Haltung von Katzen zu erstellen und die Hundehalterverordnung zu überarbeiten.

Zum Inhalt der Satzung ist Herr Gohsmann der Auffassung, dass daraus hervorgehen sollte, dass die Hundebesitzer aufgefordert werden, ihre Hunde so zu halten, dass eine Belästigung von Nachbarn vermieden wird.

Frau Poltier informiert dahingehend darüber, dass es aktuell einen solchen Fall gibt, der überprüft wird.

Frau Reimann fügt hinzu, dass im Zuge der Überarbeitung der Satzung auch dafür gesorgt werden müsste, dass Behälter zur Beseitigung des Hundekots bereitgestellt werden.

Zum B-Plan 29 führt Frau Poltier aus, dass nach den vorangegangenen Beschlüssen der Stadtvertretung inzwischen nach Abstimmung mit der Stadt ein landschaftsplanerisches Büro festgelegt worden ist aus Ludwigslust, das die Unterlagen erarbeiten soll. Die Verwaltung orientiert auf März, spätestens April, um dann die Unterlagen für die Änderung bei der Landschaftsplanung bzw. Bauleitplanung in die Gremien geben zu können..

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

zu 7

Einwohnerfragestunde

Fragen werden nicht gestellt..

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

zu 8

Information der Bürgervorsteherin und Bericht aus dem Kreistag

Keine.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

zu 9

Anfragen und Mitteilungen

Der Bürgermeister führt aus, dass ein Teil der 90,0 T€ für den LAP in Veranstaltungen, die am 16.04. bundesweit stattfinden, einfließen sollen. In Boizenburg steht dieser Tag unter dem Titel „Tag und Nacht der Toleranz“. Das Programm für diesen Tag in Boizenburg und Lübtheen hat er den Hauptausschussmitgliedern an die Hand gegeben und er bittet darum, ihm, wenn möglich, bis zur Stadtvertretersitzung am 07. März 2-3 Damen oder Herren aus den Fraktionen für eine Teilnahme zu benennen, die gerne am Kicker-Turnier im Jugendfreizeithaus „Luna“ teilnehmen würden (15.00 Uhr – 19.00 Uhr).

Herr Wilmer merkt an, dass es zu dieser Tageszeit um 15.00 Uhr schwierig ist, er könnte sich ab 17.00 Uhr eine Teilnahme von Stadtvertretern eher vorstellen.

Auf Nachfrage von Herrn Wilmer zur sonstigen Mittelverwendung führt der Bürgermeister an, dass es Anträge gibt. Über einen Antrag ist bereits entschieden, der Begleitausschuss wird im März noch einmal tagen.

Der Bürgermeister bedankt sich an dieser Stelle für einen Hinweis von Herrn Wilmer, der die Befassung des Kreistages mit der Einrichtung von sogenannten Pflegestützpunkten betraf. Es soll zwei hiervon im Landkreis geben und Herr Wilmer hatte angeregt, dass die Stadt sich um einen davon bewerben sollte. Er hat vor der Kreistagssitzung noch alle Fraktionen angeschrieben und er hat noch vor der Sitzung einen Anruf hierzu bekommen vom Fraktionsvorsitzenden der Fraktion DIE LINKE. Nach der Sitzung hat auch die CDU-Fraktion schriftlich mit ihm Kontakt aufgenommen.

Nach heutiger Aussage von Herrn Schmülling vom Landkreis ist man vorerst dabei, die Bürgerbüros als Erstkontakt zu nutzen. Es wird aber auch überlegt, 2 stationäre Stützpunkte einzurichten, einen davon möglicherweise in Boizenburg.

Herr Wilmer ergänzt, dass man beim Lesen der Angebotskataloge der Volkshochschule nach wie vor feststellen muss, dass westlich einer Linie Hagenow /Dömitz so gut wie nichts passiert, oder nur wenig. Er hat im Rahmen der Haushaltsberatungen (Kreistag) darauf aufmerksam gemacht, dass dies nach seinem Verständnis so nicht bleiben kann und die Leiterin der VHS hat eine erneute Untersuchung der Situation bzw. ihrer Ursachen zugesagt. Hier stellt sich auch die Frage der Erreichbarkeit von abendlichen Veranstaltungen in Hagenow, wenn

man beispielsweise nicht im Besitz eines Fahrzeuges ist. Er denkt auch, dass die VHS den Auftrag hat, das gesamte Kreisgebiet, und das möglichst gleichmäßig, einzubeziehen. Die VHS sollte ihr Angebot außerdem intensivieren und wenn dann nachweisbar eine mangelnde Nachfrage im Raum Boizenburg besteht, ist das letztlich dann so.

Herr Jäschke spricht die aus dem letzten Jahr fortgeschriebenen ausgewählten Statistiken im freiwilligen Bereich an, die er den Anwesenden vorab zukommen lassen hat und die möglicherweise bei den Vorberatungen zum Haushalt diskutiert werden könnten., wie beispielsweise die Besucherzahlen.

Herr Wilmer bittet um Überprüfung der angegebenen Besucherzahlen zwischen 2011 und 2012 im „Bad an der Boize“. Eine Differenz von zehntausend Besuchern erscheint ihm unwahrscheinlich.

Zur Stadtbibliothek fragt er, was man sich unter einem zeitraumaktiven Nutzer vorzustellen hat.

Der Bürgermeister erklärt, dass es sich dabei um einen Besucher handelt, der in dem entsprechenden Zeitraum als Leser registriert worden ist und auch aktiv war.

Mit dem Thema – Gewerbetreibende - sollte sich, so schlägt er vor, der zuständige Fachausschuss befassen. Seit 2008 kann man einen kontinuierlichen Rückgang bei den Gewerbetreibenden beobachten. Ihn würde außerdem interessieren, wenn es keines allzu großen Ermittlungsaufwandes bedarf, woher die Zuzüge kommen, aus dem Umland, oder weiter weg. Das ist interessant zu wissen in Bezug auf die Stadtentwicklung und vor dem Hintergrund der Höhe der Sterbefälle.

Herr Gohsmann fragt zum Museum nach, ob hier anstelle der Eintrittsgelder noch Spendeneingänge zu verzeichnen sind, und in welcher Höhe.

Herr Pamperin merkt an, dass die Spenden nur noch minimal sind.

Herr Wilmer bemerkt zu den Besucherzahlen des Museums, dass es hier regulär nur 159 Besucher sind, ausgenommen die eine oder andere Sonderveranstaltung. Er gibt zu bedenken, dass die Bezuschussung je Besucher bei 23,41 € liegt.

Herr Gohsmann schlägt vor, dass FA und SKS in einer gemeinsamen Sitzung die freiwilligen Aufgaben mit Blick auf die Haushaltsplanung im nächsten Jahr einer genaueren Betrachtung unterziehen sollten. Eine Erhöhung der Eintrittspreise wird nach seiner Auffassung auch nicht den gewünschten Effekt erzielen. Der Bürgermeister teilt mit, dass er in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses eine Eilentscheidung benötigen wird. Hierbei geht es um das Fußgänger-Leitsystem, heißt, die touristische Beschilderung. Die Stadt hat im letzten Jahr diesbezüglich LEADER-Mittel erhalten. Derzeit ist man dabei, Angebote einzuholen. Nach dem Bewilligungsbescheid müssen die Mittel verbraucht werden bis zum 16. Juni. Die Vergabe fällt unter die Regelungen des VOL und von der Summe her ist die Stadtvertretung zuständig. Bis zur nächsten Sitzung der Stadtvertretung am 07.03. wird das nicht zu schaffen sein, weil im Vorfeld eine Befassung des AWTUOS hiermit erfolgen soll, gemeinsam mit dem Bauausschuss in einer Sondersitzung am 12.03.2013. Insofern würde er für den Hauptausschuss am 18.03. eine Eilentscheidung vorbereiten und er möchte wissen, ob die Mitglieder des Hauptausschusses mit dieser Vorgehensweise einverstanden sind.

Herr Wilmer weist auf den Punkt der Eilbedürftigkeit hin. Wenn diese gegeben ist, kann man so verfahren.

Der Bürgermeister begründet die Eilbedürftigkeit mit dem vorgenannten Datum, bis zu dem die LEADER-Mittel verbraucht sein müssen. Da die nächste Stadtvertretersitzung erst am 25.04. stattfindet und danach erst die Auftragsvergabe stattfindet, ist der Termin im Juni nicht zu halten.

.Der Bürgermeister teilt weiter mit, dass die Stadtvertreter Herr Wilmer und Herr Kühl ein vorläufiges Rechtsschutzverfahren angestrengt haben in der Angelegenheit
- Akteneinsicht LOB -, was zu einem Verwaltungsstreitverfahren vor dem Verwaltungsgericht in Schwerin führen wird.

I

Herr Wilmer hatte vor einiger Zeit angefragt in Sachen Lärmbelästigung, insbesondere in den Sommermonaten, aus den Kleingärten. Er hat in der Sache jetzt eine Antwort von Frau Poltier bekommen, der eine Aktennotiz beigelegt war über eine Beratung mit den Vorstandsvorsitzenden der Kleingartensparten im Dezember. Er war entsetzt, dass zum Thema Lärmbelästigung unter anderem ausgeführt wird, dass in einzelnen Vereinen die Inanspruchnahme (Vereinshaus) über den Vorstandsvorsitzenden hinweg stattfindet. In Klammern gesetzt wird weiter ausgesagt, dass hier 1x im Jahr eine Veranstaltung der Rechten stattfindet. Unterstellt man, dass es bis auf wenige Ausnahmen um städtisches Gelände geht, sieht er die Verpflichtung der Stadt, das privatrechtlich, möglicherweise auch ordnungsrechtlich zu unterbinden, wenn es im Vorfeld erkennbar ist. Erhebliche Zweifel hat er dahingehend, ob das Bundeskleingartengesetz erlaubt, dass Veranstaltungen in Kleingärten oder Vereinsheimen stattfinden, die ja überwiegend der Erholung dienen sollen. Hierzu möchte er noch einmal eine gesonderte Antwort haben.

Frau Poltier antwortet, dass aus dem Bundeskleingartengesetz heraus eine Definition für die Nutzung von Vereinsheimen nicht ersichtlich ist. Sie wird sich deshalb zu Urteilen im Zusammenhang hiermit kundig machen.

Herr Wilmer ist der Auffassung, dass die Stadt bestimmte Dinge aufgrund des Pachtverhältnisses (Vertragsgestaltung) ausschließen können muss.

Herr Wilmer fragt, nach dem Sachstand zum Thema Schulreinigung. Er möchte wissen, ob der schlechte Reinigungszustand zurückzuführen ist auf eine Schlechterfüllung, oder ob man sich Gedanken zum Umfang der Reinigungsleistungen machen muss.

Er bringt bei dieser Gelegenheit auch zum Ausdruck, dass ein Fachausschuss nicht einen Beschluss der Stadtvertretung negieren kann. Die Stadtvertretung hatte beschlossen, dass in ihrer Sitzung am 31.01.2013 das Thema wieder auf die Tagesordnung sollte, mit entsprechenden Vorschlägen der Verwaltung. Für die Zukunft muss die Verwaltung den Fachausschuss hierauf hinweisen.

Herr Pamperin erklärt hierzu, dass der Ausschuss darum gebeten hatte, eine Gegenüberstellung der Leistungsverzeichnisse von alten und neuen Verträgen zu sehen. Die Aufarbeitung aus den alten Verträgen vor 2009 gestaltet sich schwie-

rig. Herr Pamperin erläutert dies kurz an einigen Beispielen. Er wird sich um eine Forcierung der Angelegenheit bemühen. Was den laufenden Vertrag angeht, kann nur mit Mängelanzeigen gearbeitet werden. Die Firma hat dann 6 Wochen Zeit, dass abzustellen.

Herr Wilmer bekräftigt dennoch noch einmal seine vorweg geäußerte Kritik am Verhalten des Fachausschusses und die Verwaltung hat, für ihn erkennbar, bisher in Richtung Abarbeitung des einstimmigen Beschlusses der Stadtvertretung nichts oder nur wenig getan. Hintergrund des Termins war auch, evtl. notwendige Einstellungen im Haushalt für 2013 vorzunehmen.

Herr Gohsmann äußert, dass es eine Qualitätskontrolle gibt, die der Dienstleister mit dem Auftraggeber durchzuführen hat und nach seinem Verständnis muss das mindestens einmal wöchentlich passieren. Ist die Qualität nicht entsprechend, wird der Vertrag gekündigt. Wenn der Reinigungsstand von vor 2009 wieder hergestellt werden soll, kostet das etwa 10,0 T€. Von daher wird es dann sowieso teurer und gegebenenfalls sollte nächstes Jahr mit dem Auslaufen des Vertrages neu ausgeschrieben werden.

Der Bürgermeister sieht ein Problem im Nachweis der Schlechtleistung durch die Firma.

Herr Wilmer merkt dazu an, dass, wenn sich herausstellt, dass der vereinbarte Leistungsumfang nicht ausreichend ist, die Stadt entscheidet, ob der Umfang erhöht werden soll beim jetzigen Dienstleister, oder neu ausgeschrieben wird. Wenn die Stadtvertretung eine Vergabe macht und daraus ein Vertrag folgt, muss sie aber auch informiert werden, wenn der Vertrag ausläuft, oder sich stillschweigend verlängert, wenn nicht gekündigt wird. Das Vertragscontrolling muss gewährleistet sein.

Frau Reimann hat festgestellt, dass auf der Albrechtschen Wiese die Schaukel abgebaut worden ist, sie nimmt an, aus Sicherheitsgründen. Sie möchte wissen, ob die Schaukel im Frühjahr wieder aufgebaut wird.

Frau Poltier wird in der nächsten Sitzung des ABSVD eine abschließende Antwort hierzu geben. Mittel hierfür sind im Haushalt eingestellt und könnten nach Genehmigung der Haushaltssatzung eingesetzt werden.

Herr Wilmer meint, dass dies auch durchaus in der Zeit der Übergangswirtschaft erledigt werden könnte, wenn hier nicht Kosten von mehreren tausend Euro entstehen.

Zu Protokoll:

Die Schaukel ist abmontiert worden, weil sie kaputt ist. Im Haushalt sind 1,0 T€ vorgesehen für die Anschaffung neuer Geräte und 2,0 T€ für die Unterhaltung und Reparatur. Auf die Albrechtsche Wiese wird wieder eine Schaukel kommen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

- zu 10 **Genehmigung einer Eilentscheidung des Bürgermeisters hier: Überplanmäßige Ausgabe zur Absicherung Winterdienst**
Vorlage: 006/13/30

Beschluss: 006/13/30

Der Hauptausschuss der Stadt Boizenburg/Elbe genehmigt die Eilentscheidung des Bürgermeisters vom 08.01.2013 zu einer überplanmäßigen Ausgabe im Ergebnishaushalt 2012 für die Begleichung einer Rechnung in Höhe von 3.351,51 € für Streumittel zur Absicherung des Winterdienstes im Stadtgebiet. Die Deckung erfolgt aus – 6260 0000/4730 0000 – Gewinn Stadtwerke Boizenburg/Elbe GmbH.

Abstimmungsergebnis: 5:0:0

- zu 11 **Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2013**
Vorlage: 022/13/10

Herr Gohsmann hat festgestellt, dass die noch im Entwurf enthaltene Treppe in der Schwanheider Straße jetzt in der vorliegenden Fassung nicht mehr enthalten ist.

Er schlägt vor, die 30,0 T€ für die Treppe wieder in den Plan aufzunehmen, da sie 2012 bereits verschoben worden ist. Wenn sie nun wieder bis 2014 verschoben wird, hat sich eine Reparatur wohl erledigt. Er verweist darauf, dass viele Bürgerinnen und Bürger von der Siedlung die Treppe als kürzesten Weg zum Schwanheider Weg benutzen. Sollte das finanziell problematisch sein, könnte

man von den geplanten Kanalanschlussmaßnahmen für die Ortsteile einen in 2014 verschieben, da er der Auffassung ist, dass man alle 4 sowieso nicht realisiert bekommt in diesem Jahr.

Zum Hebesatz für die Grundsteuer B führt er aus, dass in einem Vorgespräch von allen Fraktionsvorsitzenden die Erhöhung des Hebesatzes abgelehnt worden ist, Im vorliegenden Haushaltsentwurf ist er nun doch erhöht worden, was am Ende zu Mehreinnahmen von 30,0 T€ führt. Er schlägt der Verwaltung stattdessen vor, 1% bei den Sachkosten einzusparen, macht 26, 0 T€. Er sträubt sich dagegen, wieder den Bürger zu belasten. Er geht davon aus, dass seine Fraktion dem nicht zustimmen wird, zumal es 2011 erst eine Erhöhung gegeben hat.

Herr Wilmer findet das Verfahren, den Haushalt im Hauptausschuss zu behandeln, bevor er in den Fachausschüssen beraten worden ist, nicht gut. Für den Fall, dass es zwischen 2 Fachausschüssen unterschiedliche Voten gibt, schlägt er vor, dass sich der Hauptausschuss bzgl. einer Empfehlung noch einmal vor der Sitzung der Stadtvertretung trifft und eine Empfehlung für die Stadtvertretung abgibt.

Was den Hebesatz angeht, schließt er sich Herrn Gohsmann an. Für die Deckung des Betrages, der durch die Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B erzielt werden könnte, muss bei dem vorliegenden Zahlenwerk in Millionenhöhe eine andere Lösung möglich sein. Er fragt, wie es mit der Forderung aus rückständigen Zahlungen der Elbe Wohnungsbau-und Verwaltungs GmbH aussieht, die ja in diesem Jahr kommen müssten, nachdem der Insolvenzverwalter gesagt habe, er wolle das Verfahren im

1.Quartal abschließen und die Quote läge bei 100%. Zur Tabelle angemeldet waren nach seiner Erinnerung etwa 70,0 TDM. Daraus wäre dann schon ein Teilbetrag abdeckbar. Zum Zweiten spricht er die Position - Erlöse privatrechtlicher Art – in der Mieten und Pachten enthalten sind, an und fragt, wo hier ein Betrag in Bezug auf Vermietung/Verpachtung Friedhofsgelände ist, und wenn es auch beispielsweise nur

5,0 T€ wären. Er erinnert daran, dass der Finanzausschuss einstimmig empfohlen hat, für dieses städtische Gelände eine Pacht zu fordern. Das ließe sich jetzt für einige andere Positionen ebenfalls fortsetzen. Er hat zudem noch eine Reihe von Fragen aus dem Ergebnis – als auch aus dem Finanzhaushalt, die er noch in dieser Woche schriftlich reinreichen wird. Er ist zuversichtlich, dass man die Lücke in Höhe der 30,0 T€ schließen könnte und er könnte sich auch vorstellen, dass bei einigen Positionen noch erhöht werden muss, z. B. was das Straßennetz nach diesem Winter angeht.

Und, so Herr Wilmer, hätte man nicht im vorigen Sommer großzügig der VersorgungsBetriebe Elbe GmbH einen sechsstelligen Betrag belassen, hätte man diese Probleme jetzt nicht, oder zumindest deutlich weniger. Was seine Fragen angeht zum Haushalt, die er schriftlich formulieren wird, möchte er darum bitten, diese früher als in der 14-Tages-Frist zu beantworten. Er führt abschließend noch einmal aus, dass es in seiner Fraktion keine Neigung gibt hinsichtlich der Erhöhung der Grundsteuer und von hier wird auch nicht eingesehen, dass das Land auf Kosten der Kommunen weiterhin seinen Haushalt saniert.

Zu den im Investitionsplan in diesem und den folgenden Jahren aufgeführten Vorhaben im IT-Bereich führt er aus, dass er diese nicht anzweifelt, aber am Beispiel des Landkreises, der dabei ist, seine gesamten IT Projekte an ein Unternehmen zu vergeben bzw. auszulagern, hält er es für überlegenswert, mit dem Unternehmen des Landkreises, das auch ein kommunalstrukturiertes Unterneh-

men ist, über die Übernahme von Kommunen zu reden. Ob es am Ende günstiger wird, muss man sehen.

Er spricht weiter an die Frage der möglichen Kooperation mit dem Landkreis dort, wo der Landkreis beispielsweise Schulen hat und auch die Kommune. Hier wäre auch überlegenswert, im Bereich Hausmeister/Schulhausmeister kurz-oder mittelfristig zu untersuchen, ob es Möglichkeiten für eine Poollösung gibt.

Frau Reimann möchte zum Ergebnishaushalt 2013 wissen, der mit 648 T€ weniger abgeschlossen wird und aus der Kapitalrücklage bedient werden soll, wie hoch denn überhaupt die Rücklage der Stadt ist.

Herr Pamperin erklärt hierzu, dass es investive Mittel gibt vom Land, die unter den investiven Einzahlungen zu finden sind und insgesamt 693 T€ betragen. Diese investiven Mittel des Landes werden im laufenden Jahr der Kapitalrücklage zugeführt und stehen quasi zur Deckung eines abschreibungsbedingten Minus zur Verfügung. Das maximale abschreibungsbedingte Minus der Stadt ohne Genehmigung des Landkreises beträgt 650,0 T€. Mit den 648 T€ befindet sich die Stadt knapp an der Grenze zu ihren Möglichkeiten diesbezüglich.

Herr Wilmer stellt fest, dass die Stadt damit nach wie vor nicht ihre Abschreibungen erwirtschaftet, was allerdings in allen Kommunen gleich ist und die Doppik oder ihre Handhabung damit ad absurdum führt.

Frau Reimann meldet an, dass ihre Fraktion ebenfalls gegen eine Erhöhung des Hebesatzes ist. Im Haushalt 2012 waren 972,0 T€ eingestellt, im Ergebnis waren es dann 1 Million. Das sind schon 28,0 T€ mehr. Für dieses Jahr sind 1.031 T€ vorgesehen und sie kann nicht erkennen, aus welchen Gründen das Ergebnis eine Million betrug.

Herr Pamperin antwortet, dass man zu dem Zeitpunkt noch vorsichtig an den Planansatz herangegangen ist.

Auf Seite 7 – Personalaufwendungen – ist ihr aufgefallen, dass für nicht genommenen Urlaub 2013 45,0 T€ eingestellt sind. Sie wundert sich, dass man das jetzt schon weiß.

Der Bürgermeister erklärt, dass es sich um eine geschätzte Summe handelt. Die Urlaubsrückstellungen entstehen dadurch, dass bestimmte Urlaubsanteile nicht genommen worden sind. Das entspricht den Regelungen des Tarifvertrages.

Auf die Frage von Herrn Wilmer, wie der Ansatz der Gewerbesteuer kalkuliert worden ist, antwortet der Bürgermeister, dass das Mittel der letzten 5 Jahre + 100 T€ angesetzt worden ist.

Auf den Hinweis von Herrn Wilmer, dass der eingestellte Betrag für Straßenunterhaltung zu niedrig gewählt ist, merkt Herr Gohsmann an, dass der ABSVD empfohlen hat, den Betrag aus 2012 (150,0 T€) einzustellen.

Herr Wilmer möchte, dass die Verwaltung zumindest einen Entwurf erarbeitet, was die Definition von Zielen angeht, so wie es die Gemeindehaushaltsverordnung

nung vorsieht. Sollte die Verwaltung dies nicht tun, wird es demnächst einen entsprechenden Antrag hierzu geben.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

zu 12

Annahme von Spendengeldern

Vorlage: 027/13/10

Herr Wilmer möchte vom Bürgermeister wissen, ob er gemäß Kommunalverfassung beabsichtigt, das Spendenergebnis für das letzte Jahr zu veröffentlichen,

Herr Pamperin sagt das zu.

Beschluss: 027/13/10

Der Hauptausschuss der Stadt Boizenburg/Elbe stimmt der Annahme der in der Sachdarstellung aufgeführten Spenden mit einem Gesamtbetrag in Höhe von 750,00 € als Geldzuwendungen und 583,68 € als Sachzuwendungen, zu.

Abstimmungsergebnis: 5:0:0

zu 13

OT Bahlen, Errichtung einer Bushaltestelle; Kostenteilungsvereinbarung mit der Straßenbauverwaltung

Vorlage: 031/13/30

Herr Gohsmann bittet darum, eine Pressemitteilung zu verfassen, aus der her-

vorgeht, dass die Kostenvereinbarung jetzt unterschrieben wird und mit dem Bau der Maßnahme begonnen wird.

Beschluss: 031/13/30

Der Hauptausschuss der Stadt Boizenburg/Elbe stimmt der Vereinbarung zur Kostenteilung zwischen der Straßenbauverwaltung Schwerin und der Stadt Boizenburg/Elbe zur Errichtung einer Aufstellfläche für eine Bushaltestelle entlang der B 195 im Ortsteil Bahlen gemäß Anlage zu.

Abstimmungsergebnis: 5:0:0

zu 14

Krankenstatistik 2012

Vorlage: 020/13/20

Auf die Frage von Herrn Wilmer, woher die AOK Nordost den Stand kenn will, da ja nicht alle bei ihr krankenversichert sind.

Frau Mandlik bemerkt hierzu, dass die Umfrage nur unter ihren Mitgliedern geführt worden ist. Die Zahlen der AOK Nordost sind verwendet worden, weil sie am aktuellsten sind. Die letzten Zahlen z.B. des Städte-und Gemeindetages stammen aus dem Jahr 2008.

Herr Wilmer verweist in diesem Zusammenhang auf die Sachdarstellung, in der es dann richtig heißen muss. "Die Auswertung der AOK Nordost ergab bei ihren Mitgliedern einen Vergleichswert von 6,5 %.....".

Dem wird zugestimmt.

Herr Wilmer fragt, auf welche Quote man kommen würde, wenn die Langzeiterkrankten aus dem Bauhof herausgerechnet würden.

Herr Wilmer bittet hierzu um eine Notiz zu Protokoll.

Beschluss:

Die Mitglieder des Hauptausschusses nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Für die Richtigkeit:

Datum: 10.04.13

.....
Protokollführer/in

bestätigt:

Marlis Borries-Dettmann
Protokollführer/in

Benjamin Reppe

Ausschussvorsitzende/r